

Wiedergelesen:

Rolf Reißig

Krise und gesellschaftliche Alternative

Wie aktuell ist Polanyis Transformationsansatz?

Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler und -theoretiker Karl Polanyi hat zahlreiche wirtschaftshistorische, -anthropologische und sozialwissenschaftliche Aufsätze und Schriften verfasst. Sein insgesamt wohl bedeutsamstes Werk ist The Great Transformation. Die darin formulierten Gedanken über das Zusammenspiel von Gesellschaft und Markt sind plötzlich wieder von ungeheurer Aktualität.

Trotz mancher Vorboten – die Heftigkeit der 2007/2008 ausbrechenden Finanz- und Wirtschaftskrise überraschte doch allgemein. Entsetzen und verbreitete Ratlosigkeit herrschten vor. Inzwischen hat der Staat milliardenschwere Rettungspakete geschnürt und überall wird fieberhaft nach Auswegen gesucht.

Nur – wo liegen die tieferen Ursachen der Krise, wo die möglichen Auswege und Alternativen?

Was auch immer finanztechnisch und ökonomisch in den letzten Jahren fehl- und falschgelaufen ist, die Krise sitzt zuerst im Kopf. Ihre Ursache liegt ganz wesentlich in jenen Ideen und Doktrinen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten – zuerst in den USA, dann in Großbritannien und schließlich mehr oder minder weltweit – durchsetzten: dass Deregulierung und Privatisierung ungebremst Freiheit bedeute und Prosperität nach sich ziehe, dass ein regulierender Staat ein bürokratisches Monster sei und nur Schaden anrichte, dass der »flexible Mensch« zum »Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« werde und so am besten am wachsenden Wohlstand partizipiere.

Diese Ideen und Doktrinen bildeten die Grundlage der sich seit Ende der 70er Jahre vollziehenden marktliberalen Transformation, die auf ihrem Höhepunkt die Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftswelt in eine tiefe Krise führte.



Rolf Reißig

(* 1940) ist Professor für Sozial- und Politikwissenschaften am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.) und Autor u.a. mehrerer Bücher zur Transformation der ost- und gesamtdeutschen Gesellschaft.

r.r.reissig@web.de

In diesen überholten Doktrinen und Modellen sieht der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman in seinem neuesten Buch (*Die neue Weltwirtschaftskrise*) gar die wesentlichsten strukturellen Hemmnisse für eine »prosperierende Welt«. Sie zu überwinden ist auch hierzulande eine unabdingbare Voraussetzung für einen Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuanfang. Und um einen solchen geht es.

Auch wenn plötzlich »Regulation« zum neuen Paradigma zu werden scheint, eine langfristige Strategie ist nicht erkennbar. Und die offizielle gesellschaftliche Krisen- und Alternativdebatte bewegt sich noch eher an der Oberfläche.

Doch schon ein Blick zurück könnte hier Abhilfe schaffen und zu einem Blick nach vorn werden.

Karl Polanyi – mit dem Namen dieses Ökonomen und Sozialwissenschaftlers (geb. 1886 in Wien – gest. 1964 in Toronto) verbinden sich zahlreiche Ideen, Überlegungen, Anregungen, die heute noch oder

gerade wieder aktuell sind. Im Zentrum seiner Untersuchungen wie überhaupt seines Denkens steht das Verhältnis von Wirtschaft-Staat-Gesellschaft. Sein Credo ist der Vorrang der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vor dem Wirtschaftssystem, die Unterordnung des Marktsystems unter die Gesellschaft, unter die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Er warnt deshalb nachdrücklich vor den Illusionen des Wirtschaftsliberalismus.

Vor allem in seinem bedeutendsten Werk *The Great Transformation* (1944/1977) geht Polanyi der Frage nach, wie die von den modernen marktwirtschaftlichen Beziehungen ausgehenden erheblichen Gefahren für eine freie und demokratische Gesellschaft gebannt werden können.

Polanyi erbrachte mit seinen historischen Untersuchungen zunächst den Nachweis, dass Märkte und ökonomische Rationalität in der Vergangenheit durchaus in Sozialsysteme und kulturelle Wertstrukturen eingebettet waren. Diese Ein-

bindung ermöglichte überhaupt erst deren Funktionsweise. Die institutionelle Form der »Entbettung« der Wirtschaft entwickelte sich nach Polanyi erst mit der Industrialisierung und der Verwandlung von Arbeit und Boden in Waren, sowie dem »utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems«. Die Befreiung der Märkte aus sozialer »Einbettung« und politischer Regulierung, die allein dem Preissystem die Koordination der sozialen Beziehungen überlässt, erschien ihm als gefährliche Illusion. Wenn sie je realisiert würde, »könnte eine solche Institution über längere Zeit nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu zerstören«. Das Wirtschaftsleben aber sollte – so Polanyi – den Erfordernissen der Gesellschaft und der Natur untergeordnet werden.

In dieser Scheidewegssituation befinden wir uns nun wieder. Im Zuge der marktliberalen Transformation kam es seit Mitte der

70er Jahre weltweit zu einer neuen Phase der *Entbettung* der Märkte. Charakteristisch dafür ist der Übergang von einer stärker sozialstaatlich geprägten Regulation zu einer stärker marktinduzierten Regulation, der Vormarsch eines unkontrollierten finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, die breit angelegte Privatisierung der öffentlichen Güter und Daseinsvorsorge. Überakkumulation des Kapitals auf der einen Seite ging einher mit gesellschaftlicher Unterakkumulation auf der anderen Seite. Und die immer weiter fortschreitende Ressourcenexpansion untergräbt den Kreislauf von Wirtschaft, Gesellschaft, Natur.

Die demokratische Gesellschaft ist nicht hilflos

Die demokratische Gesellschaft verliert damit an Substanz und wird tendenziell enteignet. Doch sie ist dem Geschehen des Marktliberalismus nicht hilflos ausgeliefert. Denn die problematischen und destruktiven Folgen ungebundener Märkte veranlassen die Mitglieder der Gesellschaft jedoch, so Polanyi, früher oder später Formen des »Selbstschutzes« zu suchen. Es gibt nach Polanyi zugleich ein über Klasseninteressen hinausreichendes allgemeines gesellschaftliches Interesse, sich vor den Folgen unregulierter Märkte zu schützen, und allgemeine Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit, die diesem Interesse moralisch-kulturellen Ausdruck verleihen.

Diese »Doppelbewegung« – d.h. Entbettung des Marktgeschehens einerseits und Gegenbewegung, Selbstschutz durch die Gesellschaft, die in das Funktionieren der Märkte kontrollierend und regulierend eingreift, andererseits – ist der zentrale Gedanke, die zentrale Kategorie der »Großen Transformation«. Das Verstehen dieser Doppelbewegung der Transformation ist auch heute ein Schlüssel sowohl für die Erklärung des aktuellen Krisenge-

schehens als auch für das Nachdenken über Alternativen.

Eine Umkehr ist daher nicht nur nötig, sondern auch möglich. Freilich bedingt dies mehr als eine formale Kritik des »Missbrauchs« wirtschaftlicher und finanzieller Macht durch Großbanken, Hedge Fonds, *Global Player* und Forderungen nach einigen allgemeinen Regeln für die Einschränkung von »Spekulationen«, von »Risikogeschäften« und für mehr »Transparenz« und »Stabilität«. So wichtig das ist – notwendig ist vielmehr ein struktureller Transformationsprozess mit dem Ziel der Neuordnung des Verhältnisses von Wirtschaft-Staat-Gesellschaft-Natur.

Auch Polanyi begnügte sich nicht mit der Analyse und Kritik des *laissez-faire*-Kapitalismus. Er entwickelt, was oft übersehen wird, Vorstellungen über Gesellschaften, die auf anderen Machtverteilungen und anderen Prinzipien beruhen, die auf Erhalt des sozialen und ökologischen Gleichgewichts basieren. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer »neuen Demokratie« (»neue Gesellschaftsformen«), in der die Menschen rational und selbstbestimmt ihre Gesellschaft bedürfnisgerecht gestalten (so auch eine Polanyi-Besprechung in der FAZ, 30.01.06). Freiheit nicht mehr auf Kosten von Gerechtigkeit und Sicherheit, sondern Gerechtigkeit und Sicherheit als Bedingungen auch für umfassende Freiheitsrechte des Einzelnen. Das schließt für Polanyi ein, dass die demokratische Gesellschaft den Primat erlange. Dies bedeute eine »radikale Transformation«, das Ende der »Marktgesellschaft«, aber nicht der »wettbewerbsfähigen« Märkte.

Gerade an Polanyis Kritik des Wirtschaftsliberalismus und an seinem Transformationsverständnis als »Doppelbewegung« und »neuer Demokratie« orientiert, ließe sich auch heute ein gesellschaftspolitisches Projekt entwickeln, das sowohl einen erweiterten Freiheits- und Demokratiebegriff, eine solidarische demokrati-

sche Gesellschaft als auch umfassende soziale Schutz- und vor allem Teilhaberechte für alle Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Erforderlich ist in einem ersten Schritt ein zeitgemäßes Konzept der Wiedereinbettung des Marktes, der kapitalistischen Wirtschaftsweise in einen sozialen, aber zugleich in einen ökologischen und entwicklungspolitischen Rahmen.

Es kann sich im 21. Jahrhundert jedoch nicht mehr nur darum handeln, die größten Folgen der marktliberalen und –radikalen Transformation abzumildern. Schon gar nicht – wie Wirtschaftskonservative und Neoliberale erneut vorschlagen – durch Mittel, die genau zu dieser Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben. Vielmehr ist durch weitergehende Reformen eine neue wirtschaftliche Entwicklungsrichtung einzuleiten, in der Ökonomie, Soziales und Ökologisches auf neue Art miteinander verbunden sind. Dies ist deshalb nicht allein eine Frage von Regeln oder des Neuaustarierens von (Finanz-)Markt und Staat, von Ökonomie und Politik, sondern vor allem eine gesamtgesellschaftliche Frage der Demokratie; d.h. ob die demokratische Gesellschaft als Volkssouverän die »Macht« zurück gewinnt und die Rahmenbedingungen und sozialen, ökologischen, kulturellen Zielsetzungen der Entwicklung, die auch für die Wirtschaft gelten, neu zu bestimmen vermag. Dies setzt eine breite demokratische Willensbildung in der Gesellschaft voraus, die schließlich in einer gleichberechtigten Teilhabe aller am Sagen und Haben der Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Bildung und Kultur münden sollte.

Diese Auseinandersetzung um postliberale Entwicklungswege und -formen nach der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird jedoch eine längere Periode umfassen, wahrscheinlich ein bis zwei Dekaden. Die Institutionen des bislang dominierenden, entbetteten marktliberalen Modells werden noch lange fortwirken ähnlich wie nach dem Ende des

fordistischen Teilhabemodells. Das Alte stirbt zwar, aber das Neue kann sich noch nicht durchsetzen.

Der Ausgang bleibt offen. Einflussreiche Akteure tendieren zur Wiederherstellung des alten Gleichgewichts mit bestimmten Modifikationen, offensichtlich zu einem regulierten marktliberalen Modell, vielleicht auch mit einigen sinnvollen sozialen und ökologischen Komponenten. Erforderlich ist jedoch ein neuer Pfad sozial-ökologischer und solidarischer Entwicklung. Die Chancen für einen solchen Transformationsprozess scheinen im Wachsen begriffen. Die durch die Krise bewirkte mentale Erschütterung hat die Öffentlichkeit für diesen Wandel sensibilisiert und die Kräfte in Gesellschaft und Politik, die für einen solchen Transformationsprozess eintreten, gestärkt. Nicht zuletzt auch in den USA.

Gestaltung des Kapitalismus

Hierbei geht es jedoch weder heute noch morgen um die Aufhebung der Eigenlogik des Marktes oder um das »Ende des Kapitalismus«, sondern um Formen, Varianten seiner Gestaltung und vor allem um ein neues sozio-ökonomisches und sozio-kulturelles Entwicklungsmodell. Angesichts der globalisierten Welt ist dies nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene zu bewerkstelligen. Es geht vielmehr um eine globale Transformation, um das Projekt einer »Europäischen Sozial-Ökologischen-Union« und das einer »Sozialen und demokratischen Weltgesellschaft«, in der Nachhaltigkeit, Solidarität und internationale Sicherheit die neuen Leitideen der Entwicklung bilden. Dies ist der grundlegende Inhalt der im 21. Jahrhundert auf der Tagesordnung stehenden *Zweiten »Great Transformation«*. Ob sie gelingen kann, wird nicht zuletzt in diesen aktuellen Debatten um die Wege aus der gegenwärtigen Krise entschieden.